



Bundesministerium
für Digitales und
Staatsmodernisierung

Durchführung der KI-Verordnung

Aktueller Umsetzungsstand in Deutschland

Inhalt

1. Zeitplan nach aktueller Planung
2. Inhalte des Referentenentwurfs zur Durchführung der KI-Verordnung
3. Neuerungen der neuen Bundesregierung
4. Durchführung auf EU-Ebene

1. Zeitplan nach aktueller Planung

Vorbehaltlich des weiteren Verfahrens

Zeitplan der KI-Verordnung

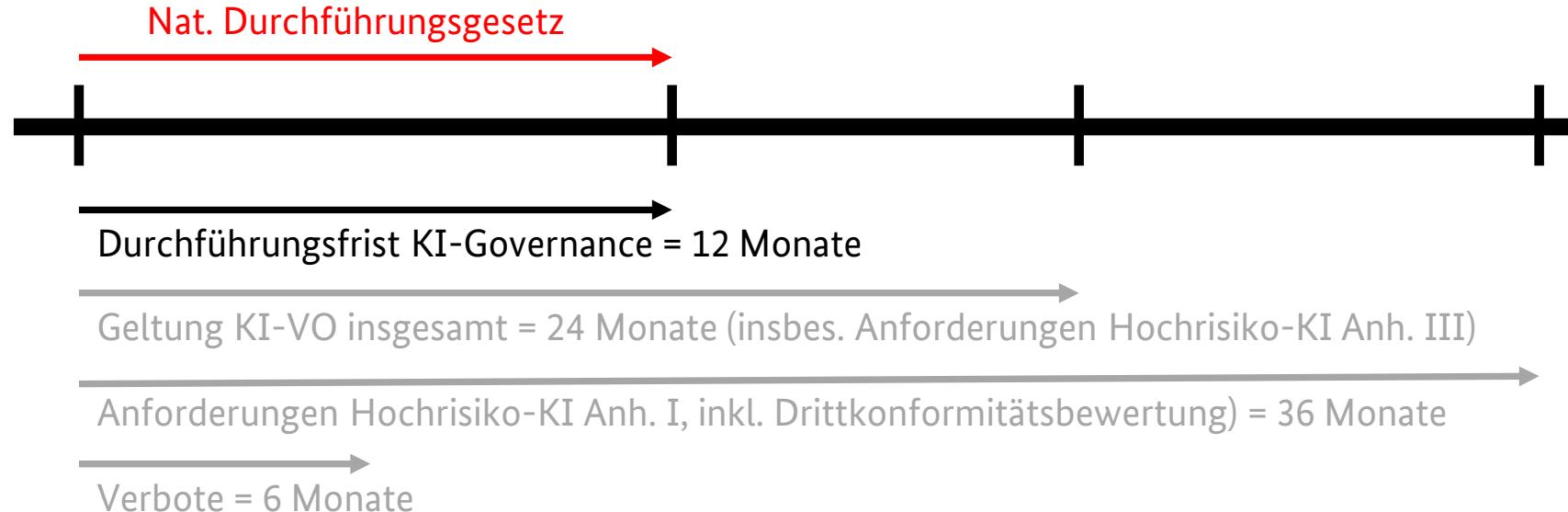
1. Aug. 2024

Inkrafttreten
KI-VO

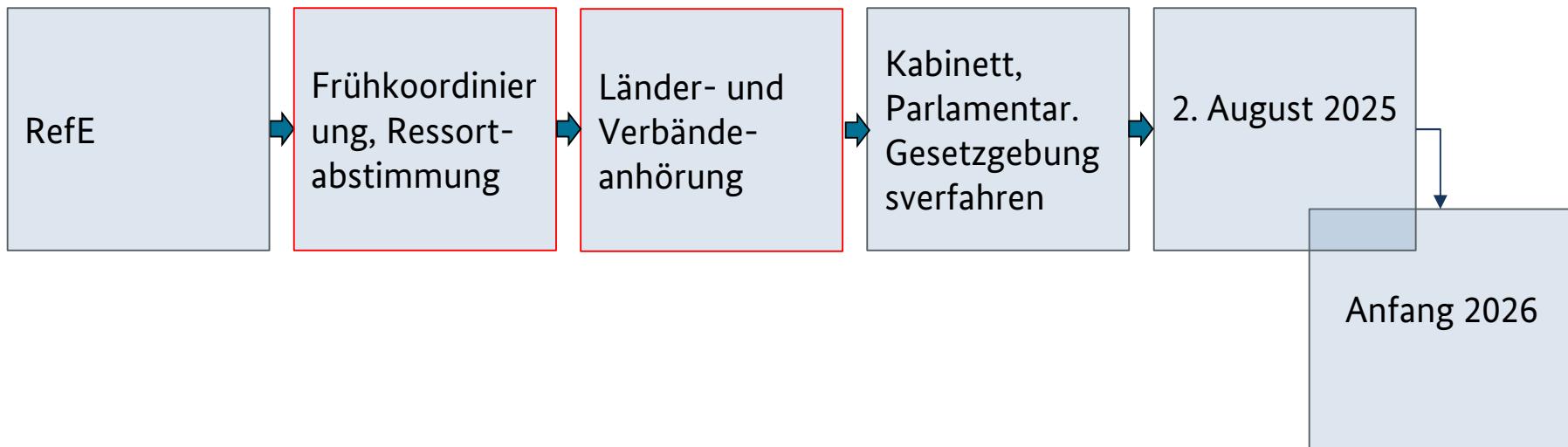
2. Aug. 2025

2. Aug. 2026

2. Aug. 2027



Zeitplan RefE



2. Inhalte des Referentenentwurfs

Wesentliche Punkte bei Durchführung der KI-Verordnung

Regulatorischer Ansatz der KI-VO

- **Produktregulierung** zur Schaffung eines Binnenmarktes für vertrauenswürdige KI
- **Horizontaler**, sektorübergreifender und **risikobasierter** Ansatz, der **vier Risikostufen** vorsieht:
 1. **Verbot** von KI-Systemen mit **inakzeptablen Risiken** (z.B. Social Scoring)
 2. **Strenge Anforderungen** an KI-Systeme mit **hohem Risiko** für Gesundheit, Sicherheit der Grundrechte
 3. **Transparenzpflichten** für best. KI-Anwendungen mit **begrenzten Risiken** (z.B. Kennzeichnung von Chatbots)
 4. **Kein Regulierungsbedarf** für KI-Systeme mit **minimalen oder keinen Risiken** (z.B. freiwillige Verhaltenskodizes).

Regulatorischer Ansatz der KI-VO

Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme

vor der Markteinführung
(und bei wesentlichen Änderungen)



Konformitätsbewertung

- i.d.R. durch das Unternehmen selbst,
- z.T. aber auch unter Beteiligung einer notifizierten Stelle
(Drittkonformitätsbewertung)

nach der Markteinführung



Marktüberwachung

- Überprüfung z.B. von
- Qualitätsmanagementsystemen
 - Dokumentationspflichten
 - Informationspflichten
 - Meldung schwerwieg. Vorfälle

Regulatorische Vorgaben der KI-VO

- **Festlegung der zuständigen nationalen Behörden bis 2.8.2025**
- **Mindestens eine**
 - **Marktüberwachungsbehörde**
 - Vollharmonisierter Bereich (Anhang I): sektorspezifische MÜB (*Alternativen möglich*)
 - Finanzdienstleistungsbereich: BaFin (*Alternativen möglich*)
 - Biometrie, Strafverfolgung, Migration, Asyl, Grenzkontrolle, Justiz: Datenschutzbehörden (*Alternativen möglich, aber: völlige Unabhängigkeit*)
 - **notifizierende Behörde**
 - Bewertung, Benennung, Notifizierung, Überwachung von **Konformitätsbewertungsstellen**
 - Option: Bewertung/Überwachung Konformitätsbewertungsstellen durch DAkkS
- **Unabhängigkeit der Behörden**, ausnahmsweise: völlige Unabhängigkeit
- **Angemessene Ausstattung**

Durchführung - Ziele

**Schlanke
Strukturen aus
Nutzerperspektive
(Unternehmen)**

**Vermeidung von
Doppelstrukturen**

**Verzahnung mit
weiteren EU-
Rechtsakten (DSA,
Data Act, Data
Governenace Act)**

**Bündelung von
Aufsichtsaufgaben**

Durchführung – Nutzung bestehender Strukturen

Bestehende Strukturen
für vollharmonisierte
Produkte

weitere
sektorale
Aufsichtsstruktu-
ren

Bereiche ohne
Marktüberwachungs-
strukturen

weitere
Expertise

Marktüberwachungs-
behörden,
notifizierende
Behörden,
Konformitäts-
bewertungsstellen

z.B. BaFin

Anhang III

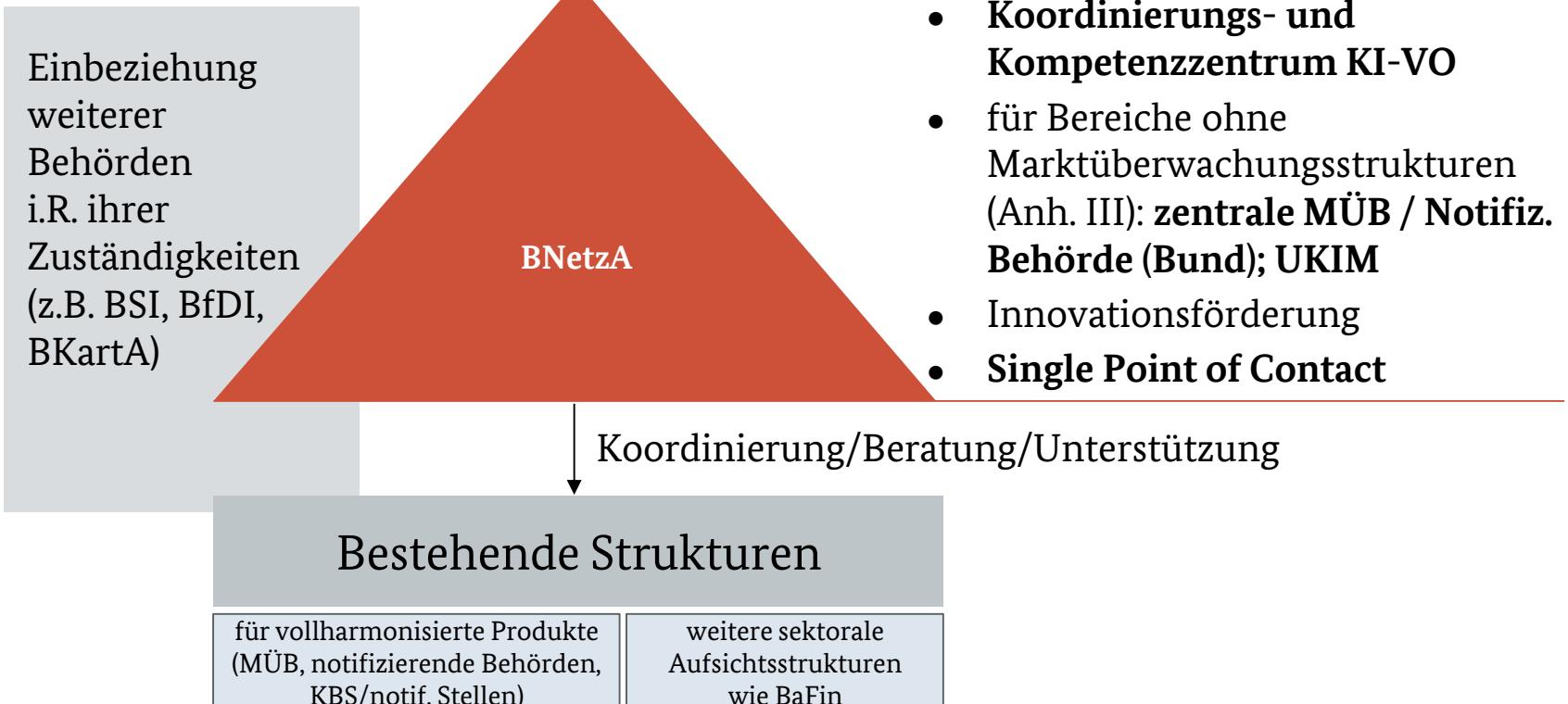
- Biometrie
- kritische Infrastruktur
- KI am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen
- grundl. private und öff. Dienste und Leistungen
- Strafverfolgung
- Migration, Asyl und Grenzkontrolle
- Rechtspflege und demokratische Prozesse

Anhang I, z.B.

- Medizinprodukte
- Maschinen
- Spielzeug

z.B. BSI, BfDI,
BKartA

Durchführung – Rolle der BNetzA



3. Neuerungen im Referentenentwurf

Punkte der neuen Bundesregierung

Evaluierung der KI-Governance

Die mit dem Durchführungsgesetz festgelegte KI-Governance soll **nach drei Jahren**, d.h. noch während der laufenden Legislaturperiode evaluiert werden.

- **Funktionsfähigkeit** geschaffener Strukturen / Effizienz der Prozesse überprüfen und ggf. nachsteuern

Hervorhebung und Ausbau der innovationsfördernden Rolle der BNetzA

§ 12 KI-MIG:

- KI-Servicestelle (**AI Service Desk**) für die Adressaten der KI-VO
- Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen
- Förderung Wissensaufbau und -austausch zu KI
- Vernetzung relevanter Akteure des KI-Ökosystems
- Mitarbeit der BNetzA an Standardisierung und Normung

§ 13 KI-MIG:

- Einrichtung und Betrieb mind. eines **KI-Reallabors**

Zusammenarbeit mit BSI im Bereich Cybersicherheit

- **§ 10 KI-MIG: KI-VO-MÜB ist auch für Aufsicht nach CRA zuständig**
 - Einbindung der CRA-Marktüberwachungsbehörde über gemeinsame Leitlinien für Cybersicherheitsprüfung bei Hochrisiko-KI
 - Information der MÜB bei Verdachtsfällen hinsichtlich der Nichtkonformität von Cybersicherheit zur Prüfung von MÜ-Maßnahmen
- **§ 3 Abs. 3 KI-MIG: Zuständigkeit des BSI im Rahmen der Notifizierung für Hochrisiko-KI nach Anhang III Nr. 1**
 - Verpflichtende Drittkonformitätsbewertung (Art. 43 I KI-VO)

Zusammenarbeit mit weiteren zuständigen Behörden

Einbeziehung weiterer Behörden in Querschnittsthemen (u.a. Datenschutz):

- § 9 (4) RefE: Einbeziehung durch Marktüberwachungsbehörden
- Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Datenschutzbeauftragten mit dem Ziel schlanker und effizienter Einbindung entsprechend der Zuständigkeiten
- Digital Cluster Bonn als mögliches Forum für behördenübergreifende Koordination

Rolle der DAkkS

Einbindung der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS):

- **KI-VO:** Bewertung, Benennung, Notifizierung und Überwachung der Konformitätsbewertungsstellen (z.B. TÜV, Dekra) erfolgt durch die sog. notifizierenden Behörden;
Option: Bewertung dieser Stellen kann auch der DAkkS übertragen werden
- **RefE:**
 - Im **Anhang I KI-VO** (sektorspez. Rechtsakte) soll die DAkkS der Notifizierung „vorgeschaltet“ werden, sofern dies bereits heute in diesen Sektoren der Fall ist.
 - **Verzicht** auf die Einbindung der DAkkS im Hochrisikobereich des **Anhang III**.

4. Durchführung auf EU-Ebene

Stand und Ausblick

European AI Board & Subgroups (Unter-AGs)

Die BuReg bringt sich auf EU-Ebene aktiv ein, u.a. über das European Artificial Intelligence Board (AI Board), in dem alle EU-MS vertreten sind, sowie über die Unterarbeitsgruppen des AI Boards:

- KI-Reallabore
- Zusammenspiel von KI-VO and MDR/IVDR
- Verbote
- Normung
- Steuerungsgruppe zu general-purpose AI
- Zusammenspiel der KI-VO mit anderen europäischen Rechtsvorschriften
- Hochrisiko-KI-Systemen nach Anhang III
- Strafverfolgung und Sicherheit (law enforcement and security)
- Finanzdienstleistungen
- Überarbeitung der Verfahrensregelungen des AI Boards (Rules of procedure)
- Kommunikationsnetzwerk
- KI-Transparenz (neu angekündigt)
- Zudem sieht die KI-VO die folgenden ständigen Unterarbeitsgruppen vor: Marktüberwachung und notifizierende Behörden (Start im zweiten Halbjahr 2025).

Digital-Omnibus / Simplification package

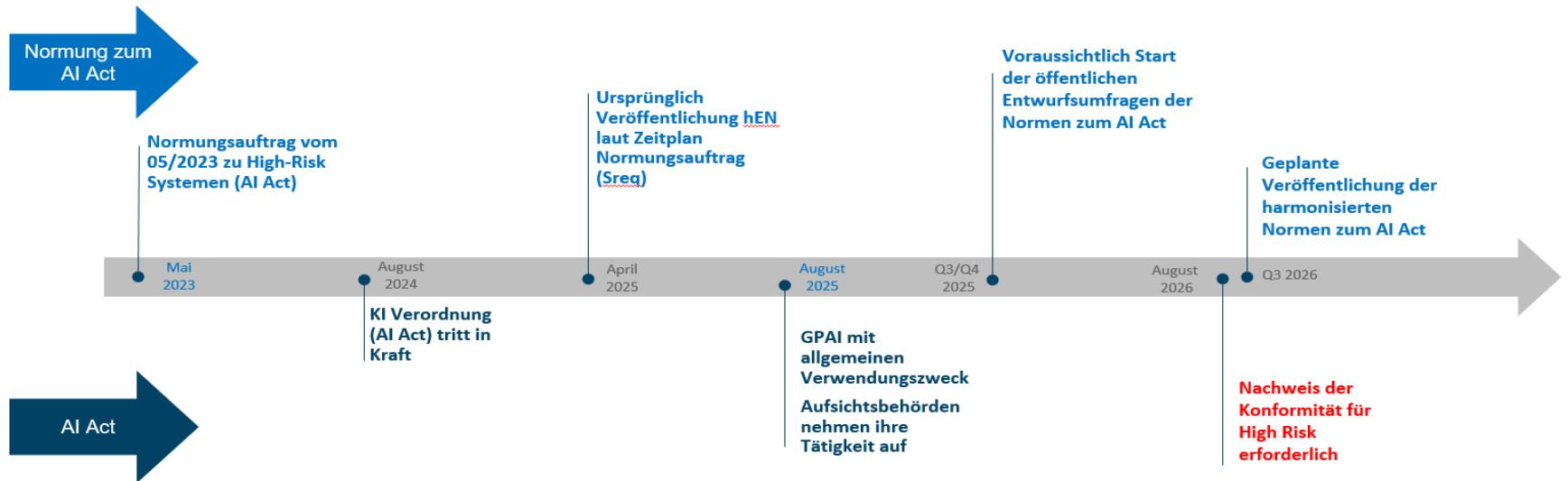
Die EU-KOM bereitet aktuell einen so genannten „**Digital-Omnibus**“ vor, als Teil einer ganzen Reihe von Vereinfachungs-/Entbürokratisierungspaketen

(bspw. auch Nachhaltigkeit, Finanz- und Investitionsrecht, Vereinfachung von KMU und mittelgroße („Small Mid-Caps“) Unternehmen; Verfahren teilweise schon abgeschlossen)

Ziel: Reduzierung von Umsetzungskomplexitäten und Abbau von Regulierungsaufwand, um für Rechtssicherheit zu sorgen und Kosten zu senken.

Digital-Omnibus schließt nach Ankündigung KOM (s. AI Continent Action Plan) grds. auch **KI-VO** ein, d.h. grds. Vereinfachung der Durchführung, ggf. „targeted amendments“ der Verordnung selbst.

Zeitplan Normung



Quelle Grafik: DIN

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Referat DW II 2 – Künstliche Intelligenz

Bisher: BMWE VIA2

Postanschrift: Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Dienstgebäude: Englische Straße 30, 10587 Berlin

Ansprechpartner

Evelyn Graß

Evelyn.Grass@bmwe.bund.de

www.bundesregierung.de

Tel. +49 30 18 615-7805



Bundesministerium
für Digitales und
Staatsmodernisierung